

## SPD-Fraktion zur Haushaltsplanverabschiedung 2012

Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

bevor der Haushalt für das laufende Jahr eingebracht wurde, begann hier im Kreistag ein lautes Schimpfen. Was war geschehen? Es war schon zeitig absehbar, den Kommunen im Kreis geht es wieder besser, die Gewerbesteuererinnahmen in unseren Städten und Gemeinden steigen durchweg. Doch damit verbunden war auch, die Schlüsselzuweisungen des Landes fallen somit auch geringer aus. Denn das GFG, und das haben offensichtlich einige noch nicht verstanden, das GFG ist eine Art Solidaritätsfond. Daraus soll denen, denen es aus den vielfältigsten Gründen nicht so gut geht, ein Zuschuss für seine zu erledigenden Aufgaben gewährt werden.

In Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten beiden Jahren gerade beim GFG einiges bewegt –sicher noch nicht genug, aber vieles geht in die richtige Richtung.

Die rot-grüne Landesregierung nimmt die stetig erhobenen kommunalen Forderungen ernst und handelt: Die Vorschläge der IFO-Kommission, des noch von der Schwarz-Gelben Landesregierung beauftragten Gutachtens zur Verteilung der Landeszuweisungen, werden endlich aufgegriffen. Trotzdem wurde in diesem Hause heftig geschimpft.

Noch nie waren die geplanten Zuweisungen an die kommunale Familie so hoch wie für das Jahr 2012; die Finanzausgleichsmasse wird auf über 8,4 Mrd. € steigen und die Gemeinden werden auch wieder an der Grunderwerbssteuer beteiligt; ab 2010 erhalten die Kommunen jährlich insgesamt rund 330 Mio. € zusätzlich. Die besonders Not leidenden Kommunen sehen durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen seit langer Zeit wieder einen Lichtstreif am Horizont.

Dies alles sind konkrete Fortschritte für die kommunale Familie. Trotzdem wurde hier heftig geschimpft.

Eins ist Fakt. Wir hier im Kreistag beweisen mit einer sorgfältigen Haushaltspolitik unseren Städten und Gemeinden Jahr für Jahr, der Kreis ist ein verlässlicher Partner. Wir haben in der Vergangenheit alles auf den Prüfstand gestellt, die Personaldecke und auch unsere so genannten freiwilligen Leistungen. Es wurde dabei deutlich, wenn wir unsere Aufgaben für die Menschen hier im Kreis ausführen wollen ergibt sich keine Möglichkeit der Einsparnis mehr. An der einen und anderen Stelle mussten wir vielmehr sogar wieder nachbessern, um unsere Aufgaben entsprechend erledigen zu können. Alles, was wir hier sinnvoll auf den Weg bringen kommt den Menschen in unseren Städten und Gemeinden direkt zu Gute.

Es wird auch in unserem Kreis deutlich, die finanzielle Ausstattung der kommunalen Familie reicht bei Weitem nicht mehr, um den vielfältigen Aufgaben auch gerecht zu werden. Daher müssen wir gemeinsam laut und deutlich fordern, dass wir für unsere Aufgabenerfüllung auch die notwendigen Mittel erhalten.

Und dabei müssen wir vor allem den Bund in die Pflicht nehmen. Der Bund muss sich neben dem nun endlich nach und nach erfolgten Einstieg bei der Grundsicherung, noch weitaus mehr an den jährlich steigenden Kosten im Sozialbereich beteiligen. Ich denke da auch an die Landschaftsverbände und deren Umlage als Beitrag der kommunalen Familie, denn die Umlage die die Kreise und kreisfreien Städten zum Beispiel dem LWL zahlen gehen 1: 1 in die Betreuung behinderter Menschen. Der Bund muss sich daher mehr beteiligen an den Eingliederungskosten, die jährlich alleine in Westfalen-Lippe um 60 Millionen ansteigen.

Das Risiko, behindert zu sein oder zu werden, ist ein allgemeines Lebensrisiko, das immer mehr Menschen trifft. Und diese Menschen benötigen **staatliche** Unterstützung, und diese Unterstützung ist bereits nicht sehr üppig. Also, auch die oft anklingenden Forderungen nach Standardsenkungen sind hier völlig fehl am Platze.

Diese Menschen brauchen einen Grundstock für ihr Leben, diesen Menschen wollen und müssen wir viel mehr ermöglichen, in unserer Mitte zu leben.

Doch die Kommunen alleine können das nicht mehr schultern.

Daher sollten wir uns als kommunale Familie verbünden und massiv ein Bundesteilhabegeld einfordern. Das entlastet unsere Kassen nicht nur finanziell nachhaltig, sondern hilft auch, den Gedanken der Inklusion umzusetzen.

Ich möchte an dieser Stelle massiv dafür werben, dass Solidarität auch hier im Kreistag nicht weiter ein Fremdwort ist. Verschanzen Sie sich nicht weiter, auch wenn es um Solidarität innerhalb der kommunalen Familie geht, hinter Ihren wieder aufgebauten Burgmauern, lassen Sie die Zugbrücken wieder herab, beenden Sie Ihr wieder entdecktes Raubrittertums.

Uns muss es doch allen miteinander vorrangig darum gehen, dass der Kuchen größer wird, nicht darum, dass der viel zu kleine Kuchen gerecht aufgeteilt wird.

Meine Damen und Herren, der heute zur Verabschiedung anstehende Haushalt hat mich veranlasst, mal genauer hinzuschauen, wo stehen wir und was wurde denn nun in den letzten Jahren so an Initiativen gestartet, um diesen Kreis nach vorne zu bringen.

Wo stehen wir also?

Dazu erlaube ich mir mal, ein wenig weiter zurückzuschauen. Denn in den etwas weiter zurückliegenden Jahren haben wir über alle Fraktionen hinweg hier im Kreistag einiges auf den Weg gebracht. Wir haben verstärkt in unsere Infrastruktur investiert, haben mehr und mehr Radwege an unseren Straßen angedockt. Wir haben gemeinsam den Nahverkehrsplan abgestimmt, der dann nach und nach kreisweit umgesetzt wurde.

Wir haben in der Familienpolitik kreisweit ein Frühwarnsystem eingerichtet, wir haben die kreiseigenen Familienzentren mit eigener Kraft ans Laufen gebracht. Wir haben Beratungs- und Betreuungsangebote eingerichtet, gestärkt und stetig ausgebaut. Und alles dies immer in der gemeinsamen Überzeugung, dies ist richtig und gut, dies ist im Interesse und für die Menschen hier im Kreis.

Mehrheitlich, ja in der Regel einstimmig, wurde damals geplant, sehr oft geprägt durch die Erkenntnis, wenn wir auf Prävention setzen, investieren wir in die Menschen und somit investieren wir in die Zukunft.

Oft hat uns, also meiner Fraktion, zwar die Zeit, die von der Idee bis zur tatsächlichen Umsetzung verging, schon eine Menge Geduld abverlangt, doch letztendlich ist auch die CDU damals den von uns oft auch schon mal vorgepflasterten Weg, dann doch Stück für Stück mitgegangen.

Es trifft zu, der Kreis Gütersloh, seine Städte und Gemeinden und auch die Wirtschaft können in der Regel durchaus zufrieden sein.

Doch, entsteht nicht gerade daraus für uns, für diesen Kreistag auch eine besondere Verantwortung? Und diese Verantwortung liegt doch darin, dass wir uns auf den Weg machen müssen um diesen Kreis auch für die Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. Denn auch hier redet die Wirtschaft schon länger von Fachkräftemangel.

Der aktuelle Demografiebericht zeigt uns sehr deutlich auf, auch hier wird sich die Altersstruktur zukünftig ändern. Dann werden auch hier zukünftig mehr Menschen im Ruhestand sein und weniger Menschen für das Arbeitsleben zur Verfügung stehen. Daraus ergibt sich doch eine besondere Verpflichtung.

Was geschah denn nun in den letzten 2 Jahren konkret in diesem Kreistag? Was wurde in Gang gesetzt um den Kreis Gütersloh stark zu machen, um den Kreis weiterzuentwickeln? Wo finden wir die Ansätze dafür, um die damals aufgestellten Fundamente weiter zu nutzen? Wo zeigt uns die CDU-FDP-Fraktion Perspektiven auf um auch zukünftig den Menschen einen starken Kreis zu bieten?

Haben Sie schnell und vorausschauend gehandelt, als es um die Sicherung des Flughafens in Paderborn ging, und Sie erst einmal in kleinen Zirkeln in den Hinterzimmern tagten? Wo sind Ihre Initiativen zur TWE-Strecke, deren Verwirklichung offensichtlich wieder in weite Ferne rückt, wo nun die Wirtschaft klare Forderungen erhebt?

Wo sind die Anträge aus Ihren Reihen für eine zukunfts- und wirtschaftsfreundliche Infrastruktur?

Wo sind ihre Antworten auf den demografischen Wandel? Wo finden die Menschen im Alter Hilfestellung? Wo wohnen sie dann und wie? Was sagen Sie konkret der Wirtschaft zu den Fragen des demografischen Wandels? Was fordern Sie ein, um den Kreis Gütersloh als attraktiven Wohn- und Arbeitsort zu gestalten, wo die Menschen gerne bleiben aber auch gerne hinziehen.

Wo haben Sie Antworten auf die neue Armut, die auch bei vielen von unseren Kindern hier im Kreis besteht?

Wo waren und sind dazu **Ihre** Anträge und Beiträge?

Wir erkennen Sie leider nicht.

Doch, da gibt es was; im letzten Jahres hatten Sie den Umweltschutz für sich entdeckt. Fleißig wurden Anträge zu Wind und Solarenergie sowie die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes gestellt. Ganz im Trend der Bundeskanzlerin sprangen sie auf einen fahrenden Zug auf. Gut so, doch eigentlich war dies alles schon längst auf dem Weg, aber schön, nun hat es auch Ihren Segen bekommen.

Doch wenn es ganz konkret wird, was ist denn dann? Dann schnellen Sie los, bringen eine Resolution auf den Weg obwohl der Kreis, wenn überhaupt, nur im ganz geringen Maße betroffen ist, und verweigern vorschnell und überhastet der Region eine Chance, die in den tatsächlich betroffenen Kreisen noch intensiv gewertet werden.

Nein, einen Nationalpark dann aber doch bitte nicht. So war Ihr Einsatz für den Umweltschutz nun doch nicht gemeint.

Nicht mit Ihnen, Sie bestimmen hier die Linie, notfalls für die gesamte Region, das sind Ihre Signale hier im Kreistag und sogar darüber hinaus.

Wo geht es nun nach vorne? Zum Fortbestehen des Flughafens Paderborn braucht die Geschäftsführung des Flughafens dringend ein klares Signal um sich für die Zukunft zu rüsten. Wir müssen zu diesem Flughafen als wichtigen Standortfaktor für die gesamte Region auch weiterhin klar und eindeutig stehen. Wir als SPD sagen aber auch, dazu ist nicht vorrangig eine Ausgründung der Dienstleistungen notwendig, notwendige Einsparungen sollten und können da an anderer Stelle sehr viel effektiver starten.

Das Bekenntnis der SPD zum Flughafen Paderborn als wichtigen Infrastrukturstandort für die Region steht, es bedeutet für uns aber auch, dass wir auf einen Flughafen Gütersloh sehr gut verzichten können.

Wie geht es nun weiter hier im Kreis Gütersloh?

Die Wirtschaft benötigt Antworten darauf, wie wir auch zukünftig gemeinsam mit ihnen das Fachpersonal passgenau ausbilden, welches sie benötigen. Wir müssen zukünftig noch mehr investieren in die Bildung unserer Kinder und dafür die richtigen Schulen und Bildungsgänge anbieten.

Die Wirtschaft hat bereits erkannt wie wichtig die tatsächliche Vereinbarung von Beruf und Familie ist.

Es ist nun an der Zeit, auch von unserer Seite den Paradigmenwechsel mit zu gehen und zu gestalten, der entsteht bei der notwendigen Ausweitung von Kinderbetreuungsplätzen, eine Ausweitung sowohl bei den U-3-Plätzen als auch bei den Öffnungszeiten.

Den Familien und auch den Betrieben ist sehr daran gelegen, dass ihre gut ausgebildeten Frauen und Männer nicht zu lange durch eine Elternzeit aus dem Berufsleben ausfallen. Das bedeutet aber für den gesamten Kreistag eine besondere Verantwortlichkeit.

Und bei der Gesundheitsvorsorge und im Verbraucherschutz sind wir ebenso gefordert.

Der Kreis soll doch nicht nur Spitze sein, wenn es darum geht, den schnellsten Raser zu stellen. Und es ist doch auch nicht erstrebenswert, nur Spitze zu sein bei der Unfallstatistik.

Wir müssen auch mal mutige Beschlüsse fassen. Wie sich zeigt haben sich die Friseurinnen und Friseure in Halle sehr gut eingelebt. Das damalige Verzögern um 2 Jahre hätten Sie sich also auch schenken können. Lernen Sie daraus.

Meine Damen und Herrn, im letzten Jahr wurden wir mit Anträgen zum Haushalt von Ihnen überschüttet. Alle mit dem gemeinsamen Briefkopf der Zwillingsfraktion. Beim genaueren Hinsehen stellte sich dabei heraus, Ihre Anliegen waren seitens der Verwaltung bereits auf den Weg gebracht, sie waren längst erledigt.

In diesem Jahr gab es zum Haushalt keine Anträge aus Ihren Reihen.

Aber dafür herrscht jetzt hier wieder die alte Ideologie. Und die heißt, niemals Zustimmung bei Anträgen der Sozis.

Sämtliche Beiträge, so die neue alte Ideologie, und sämtliche Anträge, die nicht von der CDU-FDP-Fraktion eingebracht wurden, werden mit einem Handstreich vom Tisch gefegt. Und dann ziehen Sie dabei auch noch die Landesregierung als schwarzen Peter aus der Tasche.

Dabei vergessen Sie sogar, was vor einem Jahr noch Gültigkeit hatte.

Wie nutzen Sie denn die vor einem Jahr heraus beschworenen Chancen der Option?

Nah bei den Menschen war das Motto.

Sozialpolitik aus einem Guss, das war Ihr großes Schlagwort. Dieses Ihr Schlagwort hat uns schon damals stutzig gemacht und war mit ein Grund, dem Optionsantrag nicht zuzustimmen. Und jetzt, wo Sie alle Chancen tatsächlich angehen könnten, jetzt zeigen Sie uns genau das, was wir schon damals befürchtet haben, was Ihre wahren Gründe sind und wie die Sozialpolitik aus einem Guss für Sie aussieht.

Jetzt soll die Option ganz klar erhalten als Spardose. Der Kämmerer hat es benannt bei der Einbringung des Haushaltes, 2,6 Mio. Einsparung an kommunalen Mitteln gegenüber 2011 im Optionsbereich. Doch dies nicht mit uns.

Dieses Ihr Verhalten, liebe Mehrheitsfraktion CDU-FDP, entspricht nicht den damals getätigten Aussagen.

Ich möchte Ihnen ein paar Passagen aus dem Optionsantrag ins Gedächtnis rufen. Dort steht zum Beispiel: „Wir werden die finanziellen Mittel des Bundes **und des Kreises** so einsetzen, dass wir unsere Kunden besser aktivieren und integrieren können.“

Weiter ist zu lesen „eingesparte Transferleistungen sollen flankierend ergänzt werden.“ Sowie auf Seite 7 der Zusammenfassung des Optionsantrages: „Das Arbeitsmarktprogramm für die Jahre 2012 ff. wird ausreichend Mittel bereitstellen, um Personen mit einem geringen Förderbedarf so schnell, effektiv und nachhaltig wie möglich in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren.

Zitat weiter: Gleichzeitig werden wir weitere Fördergelder bereit stellen, um die Entwicklung der Personengruppen zu stärken, die erhebliche Vermittlungshemmnisse haben.....“

Und meine Damen und Herren, genau diese formulierten Aussagen, die dazu führten, dass der Kreis als Optionskommune den Zugriff bekam, diese Aussagen greifen wir mit unseren Anträgen jetzt auf. Wir wollen nicht nur Konzepte schreiben, wir wollen diese auch angehen und umsetzen. Wir wollen das Projekt der Alleinerziehenden auch finanziell untermauern, es somit stärken und stützen. Wir wollen für die Menschen, denen es ohne ganz konkrete Begleitung noch nicht möglich ist, ihren Tagesablauf alleine zu gestalten, Unterstützung vorhalten. Wir wollen gesamte Familien stärken. Und wir wollen hierfür Mittel des Kreises gezielt und sinnvoll einsetzen.

Doch dabei verweigern Sie uns Ihre Unterstützung. Und sogar, wenn wir fordern, kein Kind zurückzulassen, den Zugang zu Bildung schon so früh wie möglich allen Kindern zu ermöglichen, auch davor schrecken Sie zurück.

Und dies, obwohl noch vor ein paar Tagen die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zusammen mit der hier vor Ort ansässigen Bertelsmannstiftung gerade für diesen Weg geworben hat.

Lassen Sie doch auch unsere Familien von den Erfahrungen anderer profitieren.

Anstatt nun zu Ihren damals formulierten Aussagen zu stehen, wollen sie durch die Option noch Mittel einsparen. Die Option muss erst mal ans Laufen kommen, erklärten Sie uns.

Ja was sind das denn für Töne? Wir haben in den letzten Jahren doch alle erlebt, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, ob sie nun bisher beim Kreis, bei den Kommunen oder bei der BA beschäftigt waren, sie haben bisher ihren Job gut gemacht, sie haben den Übergang mit überproportional hohem Engagement gemeistert und **wir** sind sicher, sie werden ihren Job auch weiterhin gut machen, auch, wenn sie nun alle Kreisbedienstete sind.

Neue Aufgaben waren sicher die neue EDV, das haben aber alle, die die Option so euphorisch wollten, im Vorfeld gewusst. Daher kann über dies als neue Aufgabe nicht gejamert werden. Die Hauptaufgabe ist aber doch, wie schon seid dem Jahre 2004, die Beratung, die Begleitung der Menschen. Das muss doch nun nicht neu geübt werden.

Meine Damen und Herren der CDU-FDP-Fraktion, das haben wir bei Ihrem damaligen Plädoyer für die Option aber ganz anders verstanden. Vor einem Jahr erklärten Sie doch wohl eher, dieses Kind Jobcenter ist nun zu einem Erwachsenen geworden, es kann seine Aufgaben nun selbstständig und vor Allem, ohne fremde Hilfe, ganz alleine erledigen und will dies auch ganz dringend. Haben Sie alle Ihre Worte vergessen? Nun bezeichnen Sie, der Landrat und leider auch der neue/alte Chef, diesen neuen Fachbereiches, dessen Arbeit seit 2004 läuft, als neugeborenes Baby, welches erst mal das Krabbeln lernen muss.

Das ist wahrlich traurig.

Mit diesen Behauptungen schaden Sie nicht nur dem Jobcenters. Mit diesen Behauptungen werden Sie in keiner Weise dem Engagement der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Jobcenters gerecht, weder der bisherigen noch der jetzigen Arbeit.

An dieser Stelle von unserer Seite her: Für das bisherige, nicht immer einfache Engagement sagt die SPD-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jobcenters unseren herzlichen Dank und wir wünschen für die weitere Aufgabenerfüllung viel Erfolg.

Dieser Dank gilt natürlich auch den Kreisbediensteten in den anderen Abteilungen. Denn Sie und Ihre engagierte Arbeit vertreten den Kreis und stellen ihn nach außen dar.

Wir konnten der Presse entnehmen, in Ihrer Haushaltsplanklausur sind Sie zu der Erkenntnis gekommen, sie wollen einen Masterplan für den Kreis. Da waren wir gespannt, was für Perspektiven zeigen Sie uns nun auf. Wir dachten, jetzt kommen die Antworten auf die Fragen, die die Menschen bewegen.

Aber bisher kam leider auch hierzu nichts. Kein Antrag, keine Antworten.

Dieser Kreis braucht aber für seinen weiteren Weg Menschen, die mit Mut und Sachverstand diesen Kreis weiter vorwärts bringen.

Aussitzen und Blockieren hat der Kreis Gütersloh wahrlich nicht verdient. Wir möchten, dass auch in diesem Kreis das Handeln angesagt ist.

Die Verwirklichung des Lückenschlusses der A 33 ist nun ja endlich etwas näher gerückt.

Alle haben an einem Strang gezogen und so wurde es auch was. Selbst Bund und Land konnten diesem Druck der Mutbürger nicht länger ausweichen. Bei dieser unendlichen Geschichte wurde aktuell bewiesen, wenn alle, und zwar auf gleicher Augenhöhe, über Parteigrenzen hinweg, sich gemeinsam einsetzen, dann erreichen wir eine Menge.

Und diese gleiche Augenhöhe sollten wir auch bei anderen Dingen bewahren.

Die B 64 N ist ebenfalls ein wichtiges Infrastrukturprojekt von kreisweiter Bedeutung, auch dieses Projekt gerät ins Stocken. Dazu liegt ja nun heute auch ein Antrag vor. Und wenn schon öffentliche Gelder eingebracht werden, dann schlagen wir folgendes Verfahren vor: Wir hatten damals für das Aktionsbündnis A 33 33.000 € beantragt. 20.000 haben Sie damals beschlossen, nun kommen 6.400 für die B 64 N dazu, den Rest in Höhe von 6.800 Euro, der dann noch übrig ist von unseren damals beantragten 33.000 €, den stellen wir dann dem Verein Naturpark Senne zur Verfügung zu stellen. Somit würden wir für **die** Infrastrukturprojekte, die für den Kreis und die Region von wirtschaftlicher und ökologischer Bedeutung sind, gleichermaßen eintreten.

Der Landrat und die CDU/FDP-Fraktion waren zu Beginn des Jahres spontan bereit, den Bund zu entlasten, und für den Lückenschluss der A 33 gut 3 Millionen für die Zinslast einer Vorfinanzierung in die Hand zu nehmen. Das hat sich ja wohl nun erledigt.

Nun fordern wir 3 x 150.000 Euro.

Wir wollen mit unseren Anträgen nah bei den Menschen sein, ihnen Perspektiven bieten.

Wir sind nach wie vor der Meinung, präventive Maßnahmen rechnen sich letztendlich auch.

Unsere heutigen Anträge zeigen die Richtung auf, die dieser Kreis benötigt. Folgen Sie uns, geben Sie sich einen Ruck. Lassen Sie uns durch gute Beschlüsse, die den Kreis nach vorne bringen, einen Masterplan anfangen und diesen nach und nach weiter entwickeln.

Dann könnten auch wir diesem Haushalt zustimmen.

Für die SPD-Fraktion

Ulla Ecks